

ARGUMENTATION KOMPAKT

Ein Service der Hanns-Seidel-Stiftung für politische Entscheidungsträger



Ausgabe vom 9. April 2015 – 3/2015

Regierungswechsel in London?

Unterhauswahlen in Großbritannien am 7. Mai 2015 / Separatistische Parteien „Zünglein an der Waage“?

Vier Wochen vor den Parlamentswahlen in Großbritannien am 7. Mai 2015 tritt der Wahlkampf in die heiße Phase. Ob David Cameron Premier bleibt oder Oppositionsführer Ed Miliband in Downing Street No. 10 einzieht, ist völlig offen. Es wird mit einem äußerst knappen Ergebnis gerechnet, weswegen aller Wahrscheinlichkeit nach eine regierungsfähige Mehrheit lediglich durch eine Koalition bewerkstelligt werden kann.

Falls Tories oder New Labour, die gegenwärtig in den Umfragen mit 33 bis 34 Prozent Kopf an Kopf liegen, erwägen sollten, ohne eigene Mehrheit zu regieren, fielen wegen der Frage der Tolerierung einer solchen Minderheitenregierung ausgerechnet separatistischen Parteien wie der United Kingdom Independence Party (UKIP) bzw. der Scottish National Party (SNP) Schlüsselrollen zu.

Regierungswechsel in London?

Unterhauswahlen in Großbritannien am 7. Mai 2015 / Separatistische Parteien „Zünglein an der Waage“?

Reinhard Meier-Walser

Erste Koalition seit sieben Jahrzehnten

Seit den letzten Parlamentswahlen („general election“) in Großbritannien, die im Mai 2010 stattfanden, regiert in London eine von Premierminister David Cameron geführte Koalition aus Tories und Liberaldemokraten (Vizepremier Nick Clegg). Cameron löste Gordon Brown als Regierungschef ab und führte die Konservativen, 13 Jahre nachdem sie gegen Tony Blairs reformierte New-Labour-Partei eine historische Niederlage erlitten hatten, wieder in die Regierungsverantwortung zurück. Gleichzeitig markierte die Bildung eines gemeinsamen Kabinetts aus Tories und Liberaldemokraten die erste Koalitionsregierung im Vereinten Königreich seit der von Winston Churchill geführten Kriegskoalition zwischen 1940 und 1945.

Strategien und Taktiken im Wahlkampf

Wenige Wochen vor dem seit langem feststehenden Termin des Urnenganges gilt die Unterhauswahl vom 7. Mai 2015 bei professionellen Beobachtern als „die knappste und unberechenbarste seit mehr als einem halben Jahrhundert“.¹ Annähernd 40 Prozent der Wahlberechtigten sind aktuellen Umfragen zufolge noch unentschlossen. Dass die „Berechenbarkeit“ politischer Entwicklungen im Vereinten Königreich in der gegenwärtigen Situation durch Wahlkampfaktik und -rhetorik noch schwieriger geworden ist, belegen auch die deutlich voneinander abweichenden Analysen von Bewertungen kontinentaleuropäischer Stimmen. So konstatiert etwa die Süddeutsche Zeitung, dass Tories und Labour in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, die zu den wichtigsten Agenden im Wahlkampf gehören, „dieses Mal so weit auseinander liegen wie lange nicht mehr“, während die Neue Zürcher Zeitung demgegenüber bilanziert, dass sich Tories und Labour „in zentralen Fragen wenig unterscheiden“.²

Was die grundlegende politische Strategie anbetrifft, so haben die beiden großen politischen Parteien des Vereinigten Königreiches unter ihren gegenwärtigen Vorsitzenden in den vergangenen Jahren einen bemerkenswerten Kurswechsel vollzogen. Im Gegensatz zu staatstragenden Volksparteien anderer westlicher Industrienationen, die tendenziell eher in die politische Mitte navigierten, haben sie in deutlicher programmatischer Abgrenzung voneinander „turned away from the center“.³ Statt dem „Compassionate Conservatism“-Kurs früherer Tory-Führungen, der traditionelle Stärken der Konservativen in der Wirtschaftspolitik und der Inneren Sicherheit mit

einem „sozialen Antlitz“ zu kombinieren suchte, rückte David Cameron zusätzliche staatliche Budgetkürzungen, eine Verschärfung der Zuwanderungskontrollen und das Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der EU in den Vordergrund. Durch diese Positionierung versucht Cameron auch die massive Abwanderung von Tory-Anhängern zu UKIP zu stoppen. Im Interview mit dem „Telegraph“ räumte er jüngst unumwunden ein, er habe die Botschaft frustrierter Tory-Anhänger „laut und deutlich“ gehört. Im Wahlkampf wolle er für ihre Rückkehr zu den Konservativen kämpfen und sie dazu aufrufen „it’s time to come home“.⁴

Labour-Chef Ed Miliband wiederum, der seine Parteiführerschaft nicht zuletzt den Gewerkschaften verdankt, kritisiert den moderaten sozialdemokratischen „New Labour“-Kurs, den der frühere Parteichef und langjährige Premier Tony Blair initiiert hatte, und erneuerte in Anlehnung an althergebrachte Arbeiterpartei-Tradition programmatische Forderungen nach Steigerungen der staatlichen Leistungen für Bedürftige und einer Höherbesteuerung für Besserverdienende.⁵

Im aktuellen Wahlkampf ruht die Strategie der Tories auf zwei Pfeilern: der wirtschaftlichen Erfolgsbilanz ihrer Regierung und der Personalisierung des Wahlkampfes.

Der größte Trumpf der Tories ist das starke Wirtschaftswachstum, was der konservative Schatzkanzler George Osborne in seiner Haushaltsrede im Unterhaus unmissverständlich zum Ausdruck brachte.⁶ Als David Cameron im Jahr 2010 die Regierungsgeschäfte übernahm, war die britische Wirtschaft infolge der Finanzkrise in einer prekären Situation. Das Haushaltsdefizit lag bei 11 Prozent des Bruttoinlandsproduktes und die Arbeitslosigkeit bei 7,9 Prozent. Mittlerweile ist das Budgetdefizit auf 5 Prozent der Gesamtwirtschaftsleistung gesunken und die Arbeitslosenquote auf 5,8 Prozent gefallen. Die Wirtschaft wuchs allein im vergangenen Jahr um beachtliche 2,6 Prozent und die Prognosen etwa des Office for Budget Responsibility liegen für das laufende und das nächste Jahr bei 2,3 Prozent – „trotz einem schlechteren weltwirtschaftlichen Ausblick“.⁷

Die Betonung dieser wirtschaftlichen Erfolgsbilanz verknüpfen die Tories im Wahlkampf zum einen mit der Ankündigung weiterer Ausgabenkürzungen – spätestens 2019 soll laut Schatzkanzler Osborne das Budget ausgeglichen sein –, zum anderen mit düsteren Perspektiven für den Fall einer Regierungsübernahme durch Labour. Nachdem Premier Cameron am 30. März 2015, dem Tag der Auflösung des Parlamentes, der britischen Königin Elizabeth II. im Buckingham-Palast seinen letzten Besuch während der laufenden Legislaturperiode abgestattet hatte, warnte er explizit vor einem „ökonomischen Chaos“ mit Schuldenanstieg und wachsender Arbeitslosigkeit, falls er von Ed Miliband als Regierungschef abgelöst werden sollte.⁸

Der zweite Pfeiler der Tory-Wahlstrategie, die Personalisierung des Wahlkampfes, beruht auf der Erkenntnis konservativer Parteistrategen, dass die Persönlichkeit des Oppositionsführers „die größte Schwäche Labours“⁹ offenbare. Ed Miliband besitzt in der Bewertung breiter Kreise der britischen Gesellschaft nach wie vor nicht das nötige Format („something less than prime ministerial material“¹⁰) eines Premierministers. Seit sich der bekennende Atheist in einem

unschönen Machtkampf um die Parteiführung im September 2010 gegen seinen politisch eher bürgerlich-moderaten älteren Bruder, den früheren Außenminister David Miliband, durchsetzte, haftet ihm das Stigma des „Brudermörders“ Kain an.¹¹

Die oppositionelle Labour Party hat im Wahlkampf gegenüber den regierenden Tories einen nicht unbedeutenden Nachteil insofern, als sie das starke Wachstum der britischen Wirtschaft und den Rückgang der Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren nicht leugnen kann. Manche Beobachter frotzeln sogar, die Labour Party habe kontinuierlich auf ein Scheitern der konservativ-liberalen Wirtschaftspolitik gesetzt und darüber vergessen, ein eigenes wirtschaftspolitisches Programm zu formulieren.¹²

Die Strategie von Labour konzentriert sich vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Erfolgsbilanz der Regierung Cameron-Clegg auf die Kritik an einer einseitigen „Begünstigung der Reichen“. Für die Mehrheit der Briten, so Miliband, sei der Aufschwung nicht spürbar bzw. er fühle sich für sie an „like it’s happening to someone else, somewhere else“.¹³ Er werde, so Miliband, die Ungleichheit nivellieren und zu diesem Zweck die Löhne für Geringverdienende anheben, zusätzliche Investitionen für das Nationale Gesundheitssystem (National Health Service) einplanen und die Reichen höher besteuern. Weitere Schritte einer Austeritätspolitik, wie die Tories sie ankündigen, seien nicht notwendig, die Reduzierung des Budgetdefizits „can be more gradual in a low-interest world“.¹⁴

Bei seinen Forderungen zur Erhöhung der Sozialausgaben kann Miliband auf Unterstützung durch die Church of England hoffen. Gleichzeitig versucht er durch seine Ablehnung eines Referendums über den Verbleib Großbritanniens in der EU, Labour auch für gesellschaftliche Kreise attraktiv zu machen, die traditionell eher den Konservativen näher stehen. So gilt etwa die britische Wirtschaft als „natürlicher Verbündeter“ der Tories, sie lehnt aber das Referendum wegen der Möglichkeit eines Austritts Großbritanniens aus dem Europäischen Integrationsverband mehrheitlich ab.

Milibands politische Botschaften klingen jedoch wenig überzeugend, zumal er bislang nicht plausibel zeigen konnte, wie ein ausgeglichener Haushalt ohne weitere Kürzungen erreicht werden sollte bzw. wie die zusätzlichen Sozialausgaben gegenfinanziert werden sollen. Die in Aussicht gestellte Höherbesteuerung der Wohlhabenden wird dazu nicht ausreichen. Nachgerade „ökonomisch unsinnig“ ist die von Ed Miliband im Wahlkampf populistisch geforderte Steuer auf Wohneigentum mit mehr als 2 Millionen Pfund Wert – eine „Neidsteuer“, die „ökonomisch unsinnig ist und fiskalisch kaum etwas einbringt“.¹⁵

Die Strategie der Liberaldemokraten, die in den Unterhauswahlen im Jahre 2010 noch einen Stimmenanteil von fast 24 Prozent erreicht hatten und heute in den Umfragen bei lediglich 7 bis 8 Prozent rangieren, lässt sich auf einen einzigen Nenner bringen: in der Regierungsverantwortung bleiben. Parteichef Nick Clegg hat deshalb weder eine Fortsetzung der Koalition mit den Tories noch eine Verbindung mit Labour ausgeschlossen.

Mehrere Optionen offen hält sich auch die derzeit mit acht Abgeordneten im Unterhaus in London vertretene nordirische Democratic Unionist Party (DUP). Ihr Parteichef Nigel Dodds nannte als Bedingung für seine Tolerierung einer Minderheitenregierung u. a. Verhandlungen mit der EU über die Souveränität britischer Grenzen, legte sich aber nicht fest, „mit welcher der beiden großen Parteien er zu reden bereit wäre“.¹⁶

Die UKIP, von ihrem Vorsitzenden Nigel Farage als „Fuchs im Hühnerstall von Westminster“¹⁷ charakterisiert, spekuliert auf einen Wahlausgang, der den Tories zwar die Mehrzahl der Sitze, aber keine regierungsfähige Mehrheit beschert. Dann könnte Farage den Tories die Tolerierung einer Minderheitsregierung anbieten, wobei er sich diese Offerte allerdings teuer bezahlen lassen würde, vor allem durch ein frühzeitiges Europa-Referendum noch im Jahr 2015. Obwohl dies für die Tory-Parteispitze nicht in Frage kommt, wächst in den Reihen der Konservativen die Zahl derer, die eine Zusammenarbeit mit der UKIP „enttabuisieren wollen“, nicht zuletzt weil während der laufenden Legislaturperiode zwei renommierte Tory-Abgeordnete zu UKIP wechselten und mit neuem Parteibuch ihren Wahlkreis gewinnen konnten.¹⁸

Perspektiven möglicher Regierungsbildung

In allen einschlägigen seriösen Umfragen deutet sich gegenwärtig ein Ausgang der Unterhauswahlen am 7. Mai an, der höchstwahrscheinlich wie bereits 2010 (und davor zuletzt im Jahre 1974) zu einem „hung parliament“ führt, in dem die Mehrheitsverhältnisse unklar sind, weil keine Partei eine regierungsfähige Majorität besitzt.¹⁹ Welche Möglichkeiten der Regierungsbildung sind vor diesem Hintergrund realistisch? Fünf kurze Überlegungen:

1. Cameron oder Miliband?

Angesichts der historischen Erfahrungen bisheriger Regierungspraxis gilt als sicher, dass der Vorsitzende der stärksten Fraktion im Unterhaus von der Queen als Premierminister ernannt wird. Es kommen insofern lediglich der Parteichef der Conservative Party und bisherige Premier David Cameron respektive der Vorsitzende der Labour Party, Ed Miliband, in Frage.²⁰

2. Fortführung der bisherigen Koalition?

Falls die Tories am Wahlabend in Führung liegen sollten, stellt sich für David Cameron zunächst die Frage der Fortführung der Koalition mit den Liberaldemokraten, die auch für den Fall eines Wechsels in Downing Street No. 10 versuchen werden, in der Regierungsverantwortung zu bleiben. Eine Fortführung der bisherigen Koalition wird allerdings durch die Selbstverpflichtung Camerons erschwert, der für den Fall seiner Wiederwahl ein Referendum über den

Verbleib Großbritanniens in der EU im Jahr 2017 angekündigt hat. Dies lehnen die europafreundlichen Liberaldemokraten kategorisch ab.²¹

Darüber hinaus ist während der vergangenen fünf Jahre in den Reihen der Tories die Zustimmung zur Fortführung der Koalition gesunken. Bereits wenige Monate nach der Regierungsbildung im Mai 2010 hatten fünf damals neu gewählte Tory-Abgeordnete unter dem bezeichnenden Titel „After the Coalition“ ein flammendes Plädoyer zugunsten einer „konservativen Agenda für Großbritannien“ veröffentlicht, weil sie mutmaßten, angesichts der in einer Koalition zwangsläufig notwendigen Kompromissbereitschaft werde das Profil und die Programmatik der Tories aufgeweicht.²² Vor diesem Hintergrund empfahlen sie bereits damals, dass die Konservativen bei den nächsten Unterhauswahlen (also 2015) „may well fight for its own mandate“, mit anderen Worten im Wahlkampf nicht für die Fortführung der Koalition werben sollten.

3. UKIP als „Zünglein an der Waage“?

Sollte David Cameron eine Minderheitenregierung erwägen, stünde er vor einer doppelten Herausforderung: Zum einen müsste gewährleistet sein, dass Labour und die Scottish National Party (SNP) zusammen nicht mehr als die Hälfte der insgesamt 650 Sitze im Unterhaus erringen, zumal der frühere SNP-Vorsitzende Alexander Salmond in einem Interview explizit damit gedroht hat, eine eventuelle Minderheitsregierung David Camerons „aktiv zu Fall zu bringen“.²³ Zum anderen wäre Cameron in der Regierungsarbeit gezwungen, sich von Fall zu Fall neue Mehrheiten durch die Unterstützung kleinerer Parteien zu suchen, was wiederum bedeuten würde, „dass er bisweilen auf die Hilfe der EU-feindlichen UK Independence Party angewiesen ist“.²⁴ Der Vorsitzende der in den Umfragen gegenwärtig bei rund 13 Prozent rangierenden UKIP, Nigel Farage, hat vor kurzem bereits ein diesbezügliches „giftiges Angebot“ unterbreitet, indem er sich bereit erklärte, eine konservative Regierung zu tolerieren, allerdings unter der Bedingung, dass das von ihm geforderte EU-Referendum noch vor Weihnachten 2015 stattfinden würde. Dies widerspricht der Position der Tories, die erst mit der EU über Reformen verhandeln wollen, um dann über die „Mitgliedschaft in einer reformierten EU“ abstimmen zu lassen.²⁵

Ein weiteres Problem für die Zusammenarbeit von Tories und UKIP stellen die Unberechenbarkeit und die extremen Positionen Farages auch in anderen politischen Fragen dar. So sorgte er beispielsweise bei der einzigen direkten Fernsehdebatte der britischen Parteichefs Anfang April für den „Aufreger des Abends“, als er mit dem Hinweis auf die hohen Behandlungskosten forderte, positiv auf HIV getesteten Menschen das Recht auf Einwanderung nach Großbritannien zu verweigern.²⁶

4. SNP als „Zünglein an der Waage“?

Angesichts des Kopf-an-Kopf-Rennens zwischen Konservativen und Sozialdemokraten ist aus Sicht Letzterer das Abschneiden der SNP, die aktuellen Prognosen zufolge in bis zu 55 der insgesamt 59 schottischen Wahlkreise (constituencies) siegen und die drittstärkste Fraktion im Parlament in Westminster stellen könnte, von entscheidender Bedeutung. Die erwarteten Gewinne der separatistischen SNP könnten die Führung der Labour-Partei vereiteln, zumal die Erfolge der SNP fast vollständig auf Kosten von Labour gingen. Für den Fall, dass Labour dennoch stärkste Fraktion werden sollte, hat Ed Miliband zwar eine formelle Koalition mit der SNP ausgeschlossen, es ist jedoch möglich, dass man sich auf eine „inoffizielle Zusammenarbeit“²⁷ verständigt, zumal die beiden Parteien sich in verschiedenen Feldern wie etwa der Sozialpolitik programmatisch nahestehen. Die Parteichefin der SNP, Nicola Sturgeon, hat allerdings schon anklingen lassen, dass jede Form der Zusammenarbeit „would come at a high price“.²⁸ In der Tat müsste die Labour Party in einem Schulterschluss mit der SNP eine äußerst bittere Pille schlucken, zumal es selbst im Zuge einer lediglich „inoffiziellen Zusammenarbeit“ möglich würde, dass „die Partei, die ein unabhängiges Schottland und damit ein Ende des Vereinigten Königreiches will, die Politik genau dieses Landes entscheidend prägt und mitbestimmt“.²⁹

5. Neuwahlen nicht ausgeschlossen

Die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges dominierende Stellung von Konservativen und Labour wurde in den vergangenen Jahren durch den Aufstieg anderer Parteien wie der SNP, der UKIP und der Green Party erheblich relativiert. Diese Veränderungen der britischen Parteienlandschaft in den vergangenen Jahren haben derart tiefgreifende Auswirkungen, dass bereits von einer „Verschiebung der politischen Erdplatten“ gesprochen wird.³⁰ Diese These muss im Kontext der Besonderheiten des britischen Wahlrechts gesehen werden. Dem Wahlsystem der einfachen Mehrheit („first past the post“), das bei Unterhauswahlen in Großbritannien zur Anwendung kommt, wurde ungeachtet verschiedener Nachteile gegenüber einem proportionalen Wahlrecht lange Zeit der generelle Vorteil zugesprochen, klare Mehrheiten und stabile Regierungen zu produzieren. Nachdem diese Regel bereits vor fünf Jahren durch die Notwendigkeit zu einer Koalitionsbildung nur noch mit Einschränkungen galt, könnten die Konsequenzen des Mehrheitswahlrechts vor dem Hintergrund der gegenwärtigen britischen Parteienkonstellation nach dem 7. Mai 2015 möglicherweise sogar zu einer Situation gegenseitiger Blockade, der Unregierbarkeit und des politischen Stillstandes führen: „Der einzige Ausweg wären Neuwahlen.“³¹

Autor

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser ist Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung in München.

Anmerkungen

- ¹ Rásonyi, Peter: Milibands zwei Küchen, in: Neue Zürcher Zeitung, 17.3.2015. Dazu ausführlich Nicoll, Alexander: Britain's confusing election, in: Survival 2/2015, S. 29-36.
- ² Rásonyi: Milibands zwei Küchen; Finke, Björn: Wohlstand für wenige, in: Süddeutsche Zeitung, 31.3.2015.
- ³ Erlanger, Stephen: A British election, with numerous twists, in: The International New York Times, 31.3.2015.
- ⁴ Dominiczak, Peter: David Cameron tells Ukip voters – it's time to come home, 6.4.2015, <http://telegraph.co.uk/news/general-election-2015/11518250/David-Cameron-tells-Ukip-voters-its-time-to-come-home.html>), 6.4.2015, Stand: 6.4.2015.
- ⁵ Erlanger: A British election, with numerous twists.
- ⁶ Hosp, Gerald: Zwischen Konsolidierung und Wohlstand. Der britische Schatzkanzler profitiert vom Wirtschaftsaufschwung und lockert vor der Wahl ein wenig die Schrauben, in: Neue Zürcher Zeitung, 20.3.2015.
- ⁷ Ebd.
- ⁸ Erlanger: A British election, with numerous twists.
- ⁹ Rásonyi: Milibands zwei Küchen.
- ¹⁰ Erlanger: A British election, with numerous twists.
- ¹¹ Ebd.
- ¹² Labour, and its leader, look weak on all fronts, in: The Telegraph online, 26.3.2015, <http://www.telegraph.co.uk/news/general-election-2015/11495356/Labour-and-its-leader-look-weak-on-all-fronts.html>), Stand: 26.3.2015.
- ¹³ Erlanger: A British election, with numerous twists.
- ¹⁴ Ebd.
- ¹⁵ Rásonyi: Milibands zwei Küchen.
- ¹⁶ Giftiges Angebot. Farage würde Tory-Minderheitsregierung tolerieren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.3.2015.
- ¹⁷ D'Ancona, Matthew: Britain's time of turbulence, in: The International New York Times, 10.3.2015.
- ¹⁸ Giftiges Angebot. Farage würde Tory-Minderheitsregierung tolerieren.
- ¹⁹ Vgl. <http://www.bbc.com/news/politics/poll-tracker>; <http://may2015.com/category/poll-of-polls>; <http://www.telegraph.co.uk/news/general-election-2015/11374181/General-Election-2015-latest-poll-tracker.html>.
- ²⁰ Vgl. Zschke, Christian: Abschied von klaren Verhältnissen, in: Süddeutsche Zeitung, 31.3.2015.
- ²¹ Vgl. ebd.
- ²² Kwarteng, Kwasi u.a.: After the Coalition. A Conservative Agenda for Britain, London 2011.
- ²³ Buchsteiner, Jochen: Salmonds Rache, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.3.2015.
- ²⁴ Zschke: Abschied von klaren Verhältnissen.
- ²⁵ Giftiges Angebot. Farage würde Tory-Minderheitsregierung tolerieren.
- ²⁶ Zschke, Christian: Und hinterher Fish & Chips. Die einzige direkte Fernsehdebatte vor der britischen Unterhauswahl mit Premier Cameron und Labour-Herausforderer Miliband bleibt ohne klaren Sieger, in: Süddeutsche Zeitung, 4./5./6.4.2015.
- ²⁷ Zschke: Abschied von klaren Verhältnissen.
- ²⁸ D'Ancona: Britain's time of turbulence.
- ²⁹ Zschke: Abschied von klaren Verhältnissen.
- ³⁰ Buchsteiner, Jochen: Insel der großen Verunsicherung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.3.2015.
- ³¹ Zschke: Abschied von klaren Verhältnissen.